

4. Schlussbetrachtung

Die **Nettoinvestitionsrate** (Zuführung ./ Tilgung) weist im Planjahr einen Betrag von -373,9 T€ aus. Im Folgejahr soll sie sich auf -1.456 T€ belaufen und 2018 weiterhin negativ sein mit -1.133 T€. 2019 beträgt die Nettoinvestitionsrate -967 T€. Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Finanzplanungszeitraum 2016-2018, der ohnehin nicht rosig aussah, nochmals deutlich verschlechtert.

Woran liegt das?

Die Kreisumlage verursacht bedingt durch die deutliche Erhöhung des Umlagehebeprozents von 27,5 % auf voraussichtlich 30 % erhebliche Mehrausgaben. In der Finanzplanung wurde bisher ein Hebesatz von 28 % angesetzt. Insbesondere durch die Anhebung auf 30 % erhöht sich der Ansatz für die Kreisumlage 2017 und 2018 gegenüber der bisherigen Planung jeweils um bis zu 350 T€.

Die Personalausgaben sind 2016-2019 gegenüber der bisherigen Planung jeweils 300 T€ höher.

Weiterhin sind die Zuschüsse an die Kirchengemeinde und private Träger nochmals um bis zu 250 T€ höher als im letzten Finanzplan zu Grunde gelegt. Immer stärker wirken sich die Kosten der Kinderbetreuung insbesondere im U3-Bereich auf den Verwaltungshaushalt aus.

Zudem sind die sächlichen Ausgaben um rund 150 T€ pro Jahr ab 2017 gestiegen. Hierbei ist ein Betrag von 1 Mio. € für die Unterhaltung berücksichtigt. Das Technische Amt geht eher von einem Bedarf von 1,5 Mio. Euro aus.

Insgesamt addieren sich die genannten Belastungen bereits ab 2016 auf über eine Million Euro pro Jahr. Addiert man den Effekt für den Zeitraum 2016-2019, ergibt das eine Summe von über 4 Mio. Euro. Dadurch wird deutlich, warum sich die finanzielle Situation der Gemeinde nochmals so drastisch verschlechtert hat. Äußerst bedenklich ist, dass ab 2017 negative Zuführungsraten vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt entstehen. Das sollte die absolute Ausnahme sein, da das finanziell für die Gemeinde höchstens kurzfristig durchzuhalten ist. Können doch für den Ausgleich des Verwaltungshaushalts zu Recht keine Kredite aufgenommen werden.

Es wird immer deutlicher, dass die Einnahmen einfach nicht ausreichen, um die Ausgaben des Verwaltungshaushalts dauerhaft zu decken: Die Ausgaben steigen einfach erheblich stärker als die Einnahmen. Besonders dramatisch und gefährlich ist, dass diese Entwicklung eintritt, obwohl die Einnahmensituation - insbesondere im Hinblick auf den Einkommensteueranteil - konjunkturbedingt sehr gut ist.

Das Problem liegt auf der Ausgabenseite.

Der Gebäudeunterhalt verdeutlicht, dass angesichts der Masse an Einrichtungen die Kosten für Sanierungen und das benötigte Personal zunehmen.

Die zunehmenden Defizite im Bereich der Kinderbetreuung wurden bereits angesprochen.

Hinzu kommt dann noch, dass die Gemeinde sich um die Anschlussunterbringung von Asylsuchenden kümmern muss, und das in erheblichem Umfang. Hier sind die weiteren Kosten überhaupt noch nicht absehbar und auch nicht veranschlagt. Es ist damit zu rechnen, dass hier noch erhebliche Mehrausgaben gegenüber dem Finanzplan entstehen werden. Das Land hat zugesagt, dass die Gemeinden nicht auf den Kosten sitzen bleiben, sondern das Land ihnen hilft. Das ist angesichts der bisherigen Erfahrungen mit gesunder Skepsis zu betrachten. Übernimmt das Land auch die entstandenen Personalkosten für die Betreuung der Asylsuchenden? Für die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze einschließlich entstehender Sach- und Personalkosten? Für die möglicherweise erforderliche Erweiterung der Schulen? Für die Kosten für Sprach- und Integrationskurse des Landkreises? Wohl kaum, hier sind die Gemeinden weiter auf sich gestellt, sei es direkt oder indirekt über die Kreisumlage.

Unterm Strich bleibt festzuhalten, dass der Verwaltungshaushalt das große Sorgenkind ist, zumal auf der Ausgabenseite mittelfristig keine Besserung in Sicht ist. Höhere Einnahmen aus Steuern und Steueranteilen sind bei Beibehaltung der Hebesätze nicht zu erwarten.

Immer zu rechnen ist dagegen mit geringeren Einnahmen aus der Gewerbesteuer, da hier für lange zurückliegende Vorjahre Bescheide eingehen können, die zu Rückzahlungen führen. Angesichts des Abbaus der Rücklage auf den Mindestbestand wäre eine solche Entwicklung fatal für den auf Kante genähten Haushalt.

Fatal wäre auch eine Rezession, die auch den Einkommensteueranteil recht schnell betreffen würde. Risiken für die Konjunktur gibt es jedenfalls ausreichend.

Spannend wird es spätestens dann, wenn die EZB die Geldschwemme zurückfährt bzw. aufhört, diese auszuweiten.

Die Gemeinde kann in den Jahren ab 2017 zwar weiterhin ihre Aufgaben erfüllen. Aber selbst die erforderlichen Unterhaltungsaufwendungen im Verwaltungshaushalt und kleinere Investitionen stellen finanzielle Herausforderungen dar: Schon ohne größere Maßnahmen im Unterhaltungsbereich benötigt der Verwaltungshaushalt eine Zuführung des Vermögenshaushalts! In der mittelfristigen Finanzplanung sind nur Jahre mit umgekehrter Zuführung eingeplant. Lange wird das nicht gutgehen.

Allein auf steigende Gewerbesteuereinnahmen, eine weiterhin konstant gute Konjunktur und zunehmende Einkommensteueranteile oder Hilfe von außen z.B. von Bund oder Land zu setzen, wird nicht ausreichen.

Es ist noch drängender als in der Vergangenheit: Es müssen Ausgaben reduziert oder Einnahmen erhöht werden, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten und weiterhin die Pflichtaufgaben auf einem guten Niveau erfüllen zu können. Dazu müssten Abgaben und sonstige Einnahmen erhöht werden. Eine weitere Möglichkeit sind mittel- und langfristige Ausgabenkürzungen bei den freiwilligen Einrichtungen und Aufgaben. Die Möglichkeiten für Personaleinsparungen im Bereich der Pflichtaufgaben (Verwaltung, Bauhof, Gärtnerei) sind durch in der Vergangenheit erfolgte Stellenkürzungen ausgeschöpft worden. Die Aufgabenfülle hat im Gegenteil inzwischen wieder Neueinstellungen erforderlich gemacht.

Inzwischen ist die brisante Situation eingetreten, dass der Verwaltungshaushalt ab 2017 nicht mehr ausgeglichen werden kann. Spätestens jetzt muss entweder auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite gehandelt werden. Ein weiteres Zuwarten könnte dazu führen, dass die Einschnitte bzw. Erhöhungen zunehmend drastischer und radikaler ausfallen müssten, um die dauerhafte Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Auch eine wider Erwarten und entgegen jeglicher Wahrscheinlichkeit eintretende Verbesserung der ohnehin guten Einnahmensituation würde der Gemeinde lediglich mehr Zeit verschaffen, die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen.

Waldbronn, 16.12.2015

Thomann
Gemeindekämmerer